



19/SN-244/ME  
von 4

# BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

195 •

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien · Postfach

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

Beitrag GESETZENTWURF	
Z:	68 GE 91
Datum: 10. NOV. 1989	
Verteilt: 17.11.89 Luke	

in Bozen

Ihre Zahl/Nachricht vom

RGp 352/89/Kb/AP

Bitte Durchwahl 4296

07.11.89

Tel. 501 05/ 250

Fax 502 06/

Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Berufung der Geschworenen und Schöf-  
fen (Geschworenen- und Schöffengesetz  
- GSchG), Begutachtungsverfahren

Dem Ersuchen des Bundesministeriums für Justiz entsprechend übermittelt die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 25 Kopien ihrer zu dem oben genannten Entwurf erstatteten Stellungnahme mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT  
Für den Generalsekretär:

Anlage (25-fach)

*[Handwritten signature]*



---

# BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

---

Bundeswirtschaftskammer

---

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien Postfach 195

Bundesministerium für  
Justiz

Museumstraße 7  
1070 Wien

---

Ihre Zahl/Nachricht vom

GZ. 622.001/32-II 3/89  
12. September 1989

Unsere Zahl/Sachbearbeiter

RGp 352/89/Kö/AP

Bitte Durchwahl beachten

Tele 502 06 4298  
Fax 502 06 250

Datum

06.11.89

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Berufung der Geschworenen und Schöf-  
fen (Geschworenen- und Schöffengesetz  
- GSchG), Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf die oa Note des do Bundesministeriums beehrt sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen.

Die Bundeskammer begrüßt grundsätzlich die im gegenständlichen Gesetzentwurf vorgesehene Neugestaltung des Auswahlverfahrens für die Bildung der Geschworenen- und Schöffenlisten. Zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes darf allerdings folgendes angemerkt werden:

ad § 4 Z 2:

Dieser allgemeine Befreiungstatbestand ist zu begrüßen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die lange Verfahrensdauer bei Fällen komplizierter Wirtschaftskriminalität zu unverhältnismäßigen persönlichen und wirtschaftlichen Belastungen für die betroffenen Laienrichter führen kann, sodaß die Voraussetzungen für die Befreiung gemäß § 4 Z 2 des Entwurfes in solchen Fällen wahrscheinlich oft vorliegen werden. Es erscheint daher dringend geboten, die gemäß § 14 Abs 1 des Entwurfes berufenen Laienrichter über die

- 2 -

voraussichtliche Verhandlungsdauer vor Beginn der Hauptverhandlung in Kenntnis zu setzen, um ihnen rechtzeitig die Möglichkeit zu geben, eine allfällige Befreiung zu beantragen.

ad § 5 Abs 2:

Es wäre wünschenswert, wenn die gemäß § 5 Abs 1 des Entwurfes aus der Wählerevidenz ausgelosten Personen von diesem Umstand persönlich in Kenntnis gesetzt würden. Dies entspräche einer bürgernahen Verwaltung und wäre angesichts des Anteils der ausgelosten Personen - fünf bzw. zehn von tausend - mit einem vertretbaren Aufwand verbunden. Die Auflage der Verzeichnisse der ausgelosten Personen zur öffentlichen Einsicht reicht gewiß nicht aus, will man sichergehen, daß die Betroffenen im frühestmöglichen Stadium des Auswahlverfahrens von ihrer Auswahl Kenntnis erlangen.

ad § 9 Abs 2 und § 12 Abs 1:

§ 9 Abs 2 des Entwurfes sieht das Rechtsmittel der Beschwerde an den Präsidenten des örtlich zuständigen, in Strafsachen tätigen Gerichtshofes in erster Instanz gegen Bescheide der Bezirksverwaltungsbehörde (§ 9 Abs 1) vor. Über solche Beschwerden entscheidet der Präsident des genannten Gerichtshofes gemäß § 12 Abs 1 des Entwurfes. Gegen diese Entscheidung ist offenbar kein ordentliches Rechtsmittel vorgesehen. Dieser Umstand sollte im Gesetz klar zum Ausdruck kommen.

ad § 17:

Die Bundeskammer hat bereits mehrfach das Bundesministerium - zuletzt in der Stellungnahme zur Novelle des Gebührenanspruchsgesetzes 1975 (GebAG 1975) und des Bundesgesetzes über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher (vom 20.11.1986 zur GZ. 11.802/62-I 6/86) - auf das bei der Feststellung der Entschädigung für die Zeitversäumnis eines selbständigen Erwerbstätigen nach dem GebAG 1975 auftauchende Problem des genauen Nachweises des mit der Teilnahme an der Verhandlung verbundenen Einkommensentganges aufmerksam gemacht. Die Bundeskammer hat die For-

- 3 -

derung erhoben, daß die von der zuständigen Interessenvertretung ausgestellte und dem Gericht vorgelegte Bestätigung über den Betrag, der je Stunde als Verdienstentgang angemessen erscheint, als Grundlage für die Bemessung des Verdienstentganges anerkannt wird.

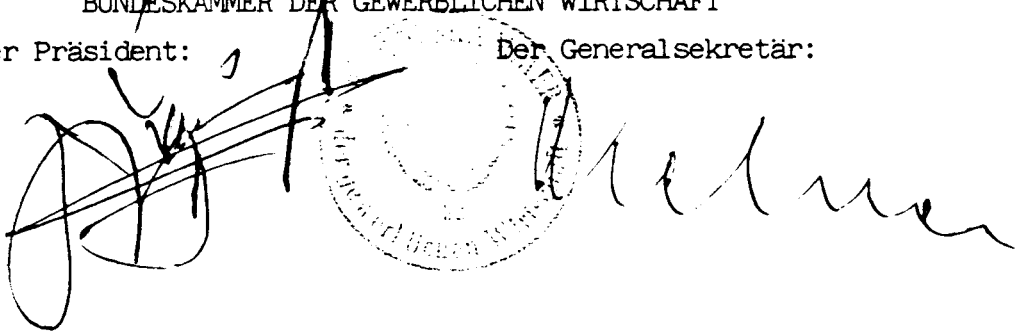
Die Bundeskammer erlaubt sich, im Rahmen dieser Stellungnahme erneut diese Forderung zu erheben und das do Bundesministerium zu bitten, durch eine entsprechende Novelle im GebAG 1975 dieser Forderung Rechnung zu tragen.

Einer EntschlieÙung des Nationalrates entsprechend werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zur Kenntnisnahme übermittelt.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

The block contains two handwritten signatures. The signature on the left is for the President, and the signature on the right is for the General Secretary. Between the signatures is a circular official stamp of the Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft.